

**Medienmitteilung vom 27. Juni 2008**

## **Grüne fordern beim FILAG Optimierungen, aber keine Neuausrichtung**

**Die Grünen Kanton Bern sind der Ansicht, dass sich die FILAG bewährt hat. Eine grundlegende Neuausrichtung ist nicht angebracht. In ihrer Vernehmlassung machen die Grünen Vorschläge für Optimierungen. So soll das FILAG auf die Wachstumsstrategie ausgerichtet und die fiskalische Äquivalenz für die Gemeinden verbessert werden.**

In der Vernehmlassung zum Bericht „Optimierung der Aufgabenteilung und des Finanz- und Lastenausgleichs im Kanton Bern (FILAG 2012)“ formulieren die Grünen folgenden Hauptaussagen im Hinblick auf die Revision des FILAG.

### **Keine generelle Neukonzeption**

Die Grünen werten die Gesamtbilanz des FILAG als gut. Er hat dazu beigetragen, einen Ausgleich zwischen finanziell sehr gut gestellten und minderbemittelten Gemeinden zu erreichen und trägt zur Finanzierung und damit zur Bereitstellung eines qualitativ guten Leistungsangebots im Bereich der sozialen Existenzsicherung bei. In gewissen Bereichen besteht Optimierungsbedarf, aber eine grundlegende Neuausrichtung ist nicht angebracht.

### **Verknüpfung mit Wachstumsstrategie sicherstellen**

Der FILAG soll in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung gestellt werden; zumindest sollte es Bestrebungen aus der Wachstumsstrategie nicht zuwiderlaufen. Ein Verzicht auf die volle Abgeltung der Zentrumslasten der Städte – und damit die Inkaufnahme einer Schwächung der Angelpunkte der angestrebten wirtschaftlichen Entwicklung entlang der Hauptverkehrsachsen – ist mit der Wachstumsstrategie nicht kongruent.

### **Die fiskalische Äquivalenz verbessern**

Effizientes Handeln setzt die Kongruenz zwischen Steuerungsmöglichkeiten und Finanzierung voraus. Der Mechanismus des FILAG und die vorliegenden Reformvorschläge lassen eine solche Übereinstimmung verschiedentlich vermissen. Die Grünen erwarten, dass die fiskalische Äquivalenz verbessert und nicht verschlechtert wird.

### **Verbindlichere Anreize für Gemeindegemeinschaften**

Die Grünen möchten Gemeindegemeinschaften fördern. Damit der Kanton entsprechende Anreize setzen und den Druck auf in Betracht fallende Gemeinden erhöhen kann, braucht es neue rechtliche Möglichkeiten.

### **Verzicht auf «Fessel» der Kostenneutralität**

Wenn dies dem Kanton insgesamt hilft, muss aus wirtschafts- und wachstumspolitischen Gesichtspunkten eine höhere Belastung des Kantons in Kauf genommen werden (können). Darum erachten die Grünen die Prämisse der Kostenneutralität bei der vertikalen Umverteilung als problematisch.

### **Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, 079 263 47 68